

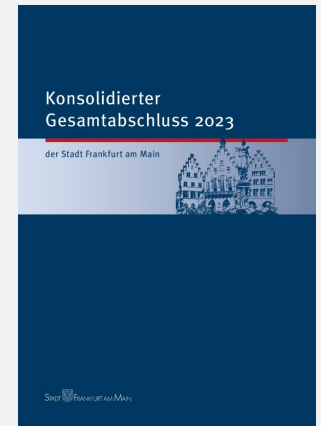
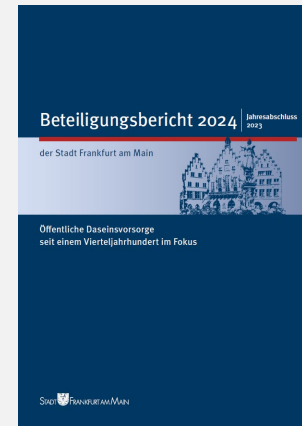
Stadt Frankfurt am Main
Revisionsamt

Schlussberichte über die Prüfung
der Jahresabschlüsse
2023



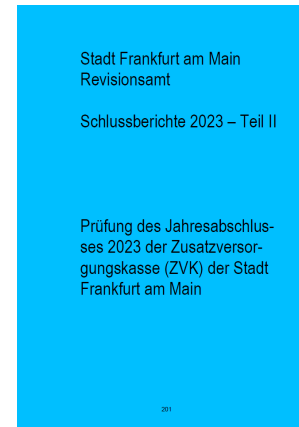
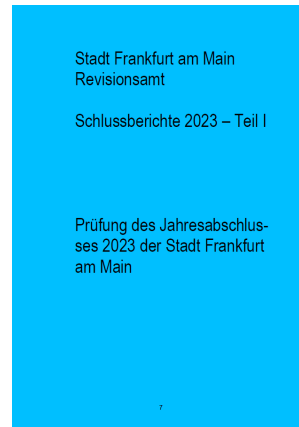
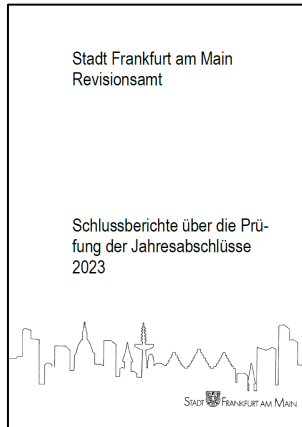
Schlussberichte 2023

Sitzung des Sonderausschusses Controlling und Revision am 19.05.2025



Agenda

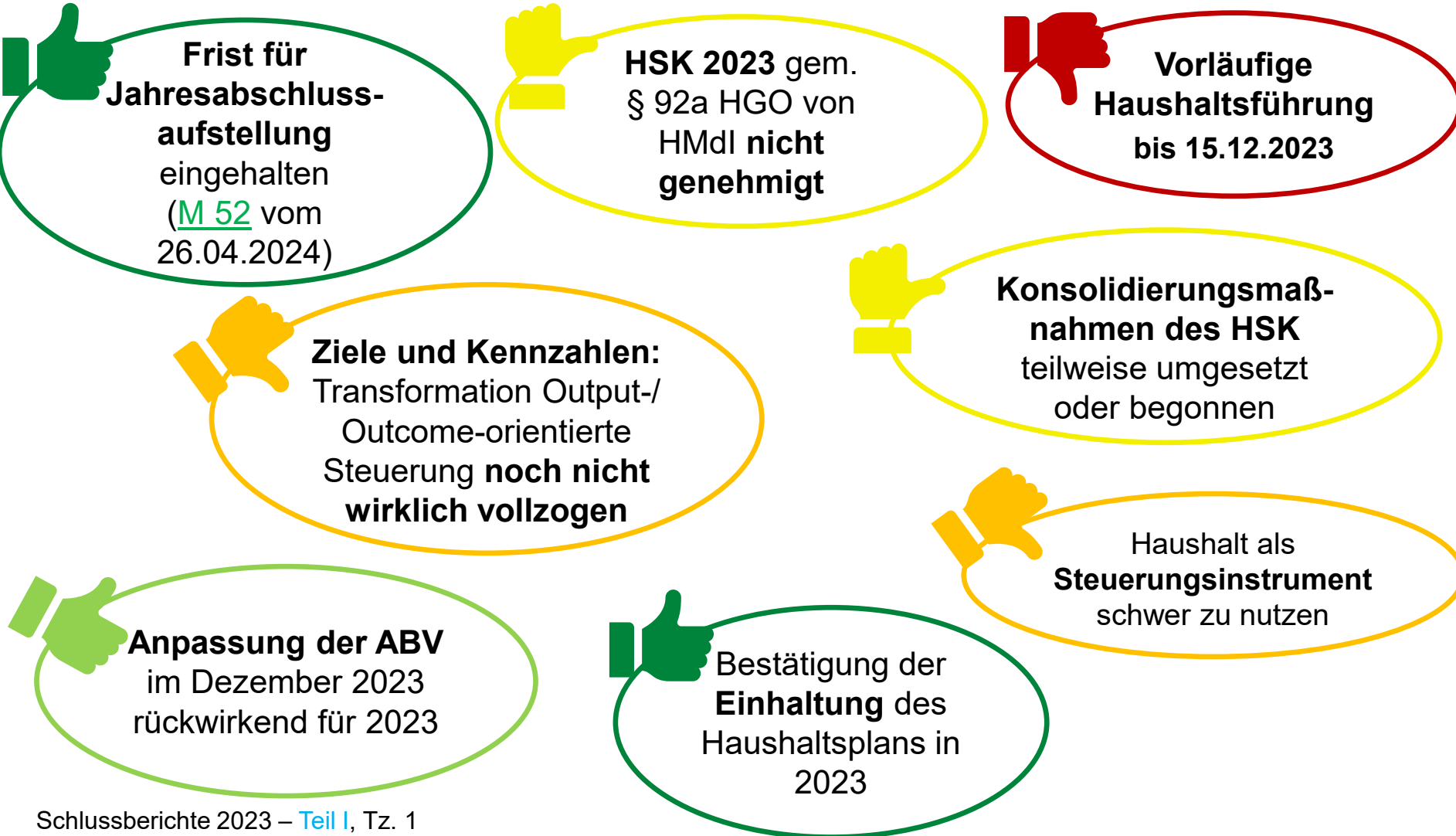
- (1) Prüfung der Jahresabschlüsse 2023 der Kernverwaltung ([Teil I](#)) und des Sondervermögens ZVK ([Teil II](#))
- (2) Prüfung des Konsolidierten Gesamtabchlusses 2023 ([Teil III](#))
- (3) Feststellungen zur Haushaltslage ([Teil I](#), Tz. 6)
- (4) Feststellungen zur Organisation ([Teil I](#), Tz. 7.1; [Teil IV](#))
- (5) Stand der Entlastungsverfahren sowie Bemerkungen zu Aufgabenträgern ([Teil I](#), Tz. 5; [Teil IV](#), Tz. 6.3, 8.3)
- (6) Ausblick



(1) Prüfung der Jahresabschlüsse 2023 der Kernverwaltung (Teil I) und des Sondervermögens ZVK (Teil II)



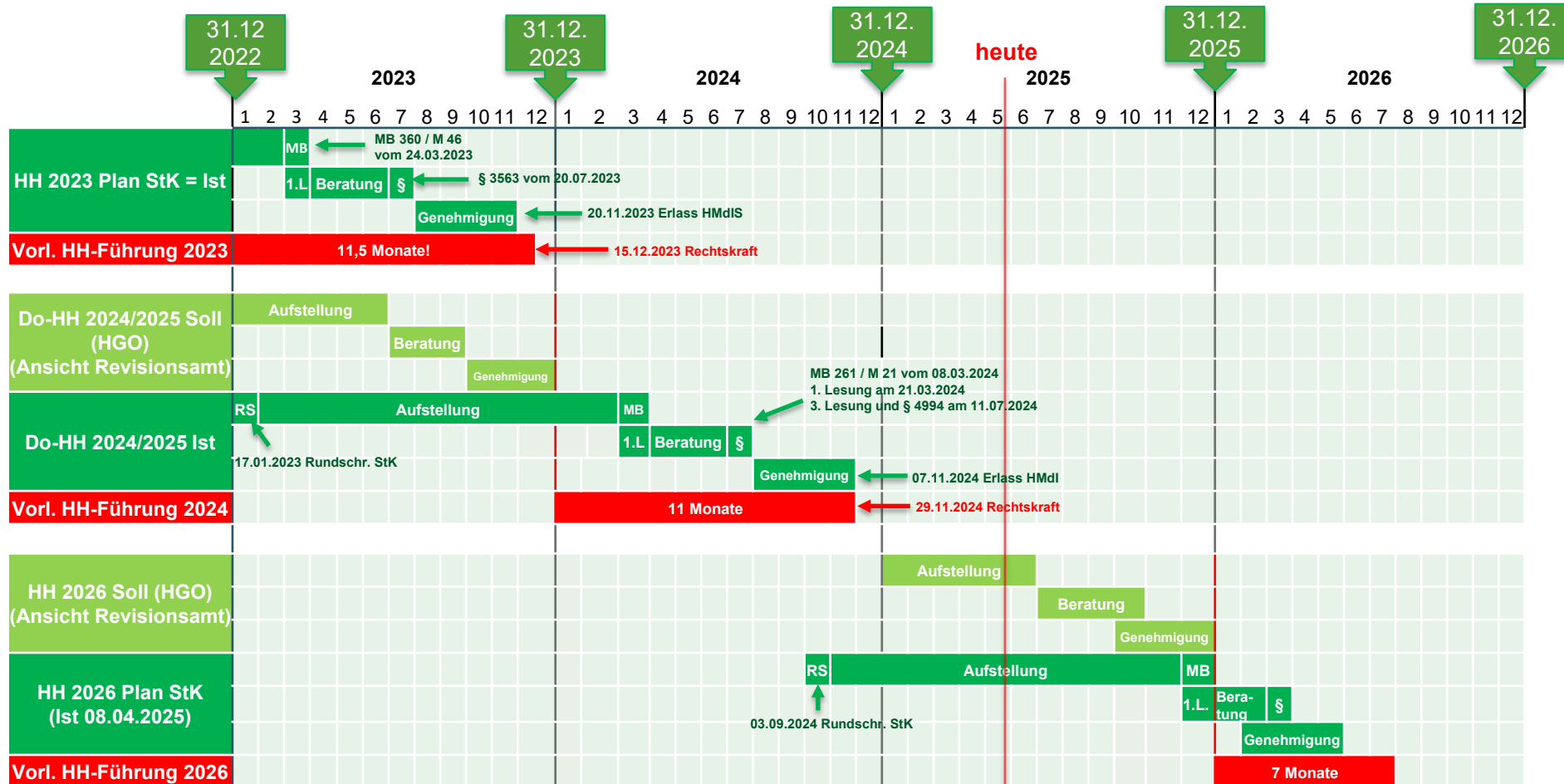
(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung



Schlussberichte 2023 – Teil I, Tz. 1

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Haushaltsplan – Aufstellungsprozess



Schlussberichte 2023 – Teil I, Grafik 6-2 (aktualisiert gemäß Rundschreiben des StK vom 08.04.2025)

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Einzelne Konsolidierungsmaßnahmen des HSK (Teil I, Tz. 6.1.4)

■ *Mehrerträge im Ergebnishaushalt*



PG 13.01



Neuausschreibung
Werberechte
> 2,0 Mio. € ab 2025

PG 98.06



Tourismusbeitrag auf
geschäftliche
Übernachtungen
> 10,2 Mio. € ab 2024

PG 11.05



Bußgeldkatalog
> 2,0 Mio. € ab 2024

PG 16.03



Erhöhung
**Sondernutzungs-
gebühren**
> 2,0 Mio. € ab 2024

PG 11.04 und 11.05



Erhöhung
Parkgebühren
> 3,0 Mio. € ab 2024

PG 17.01



Gewinnausschüttung
ABG
> 2,3 Mio. € ab 2024

PG 21.05



Erhöhung
Eintrittspreise Zoo
> 2,0 Mio. € ab 2024

PG 11.04 und 11.05



Mitwirkung bei
Betriebsprüfungen
> 5,0 Mio. € ab 2024

PG 22.10

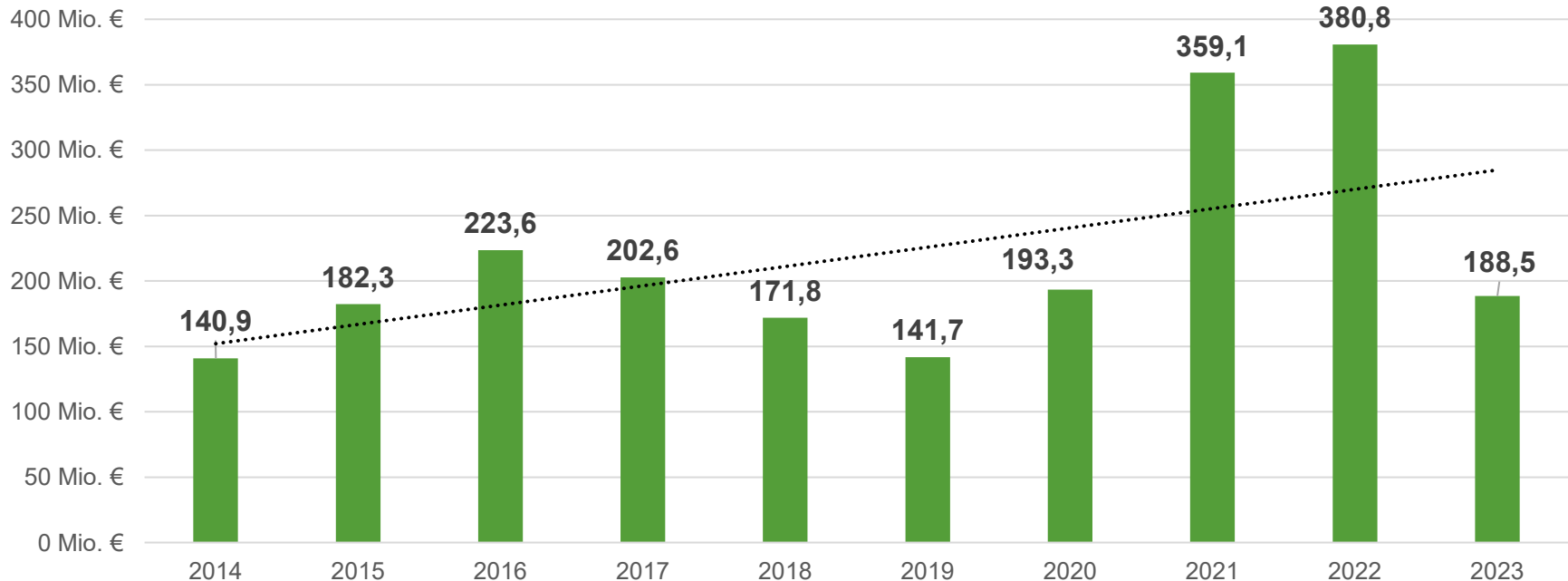


Gebührenhaushalt
Friedhof
> 2,3 Mio. € ab 2025

Schlussberichte 2023 – Teil I, Tabelle 6-1

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Budgetüberträge im Ergebnishaushalt

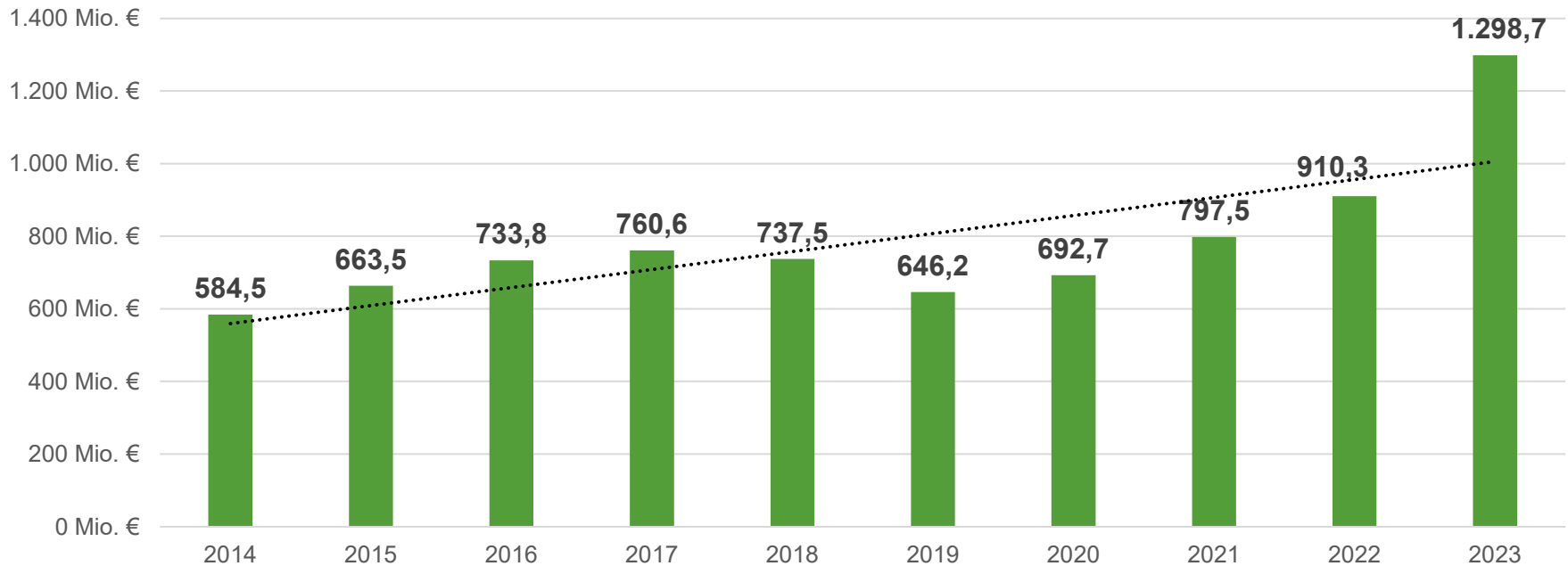


Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-6

- Budgetüberträge im Ergebnishaushalt ([Teil I](#), Tz. 6.1.8.1)
 - aus 2022 „gespernte“ Budgetüberträge von 109,1 Mio. €
 - Freigabe in 2023 zur Weiterführung bereits in 2022 begonnener Maßnahmen und der Fortführung laufender Verwaltungstätigkeit
 - Vorlagen zur Verwendung von Budgetüberträgen am 23.01.2024 zurückgezogen

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Budgetüberträge im Finanzhaushalt



Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-8

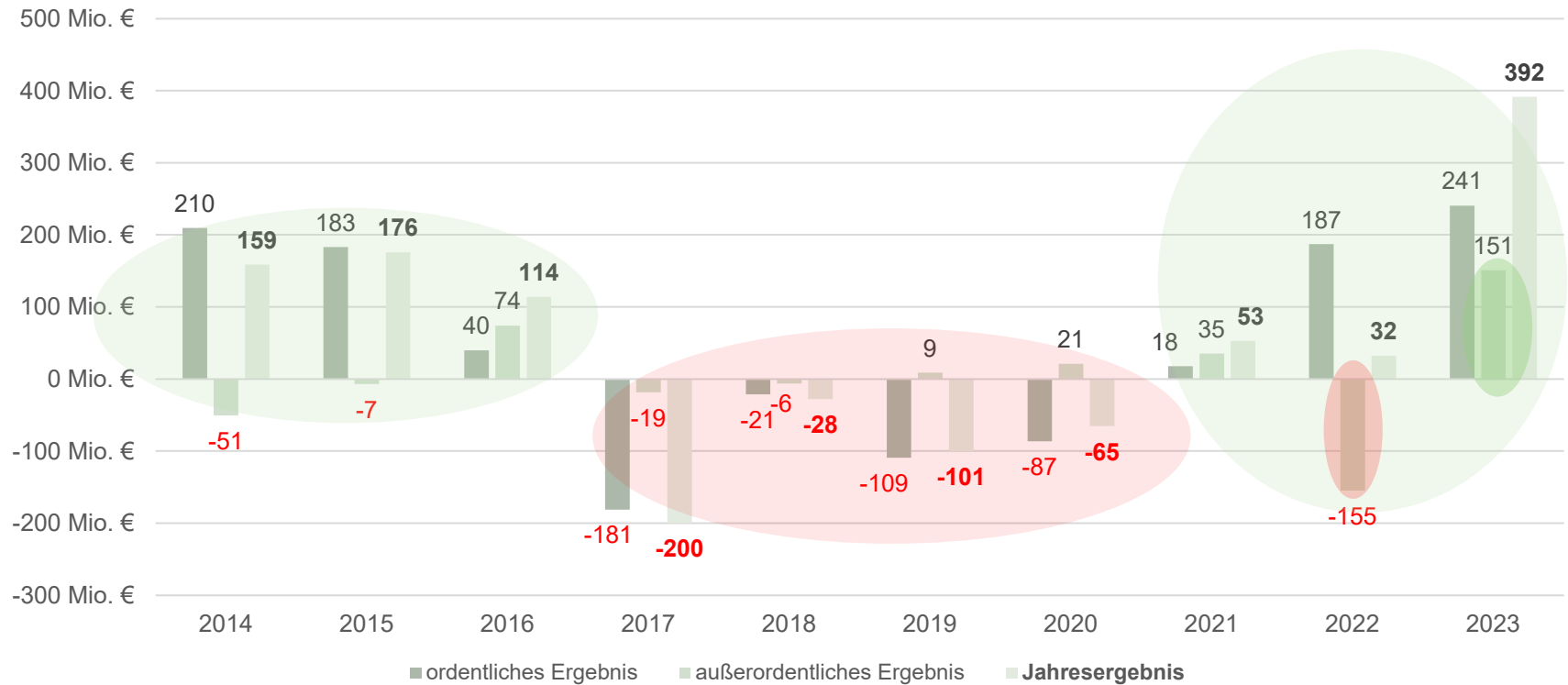
- Budgetüberträge im Finanzhaushalt ([Teil I](#), Tz. 6.1.8.2)
 - Anstieg von 910 Mio. € auf rund 1,3 Mrd. € (+ rund 389 Mio. €)
 - Aufsichtsbehörde sieht wiederholte Übertragung von Haushaltsmitteln auch kritisch ([M 222](#) vom 08.12.2023)

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

- Ausführungen zum **Stand der Aufgabenerfüllung** mit den **Zielsetzungen** und **Strategien** (Teil I, Tz. 6.3.2)
 - **Gliederung** des Haushalts entspricht nicht Muster 11 (GemHVO)
 - städtische **Leistungen „ÖPNV und Bäder“** werden nicht/nur unzureichend im Haushaltsplan dargestellt
 - Transformation zur **Output/Outcome-orientierten Steuerung** dauert an
 - **Umsetzung des E 116 „Haushalt wirkungsorientiert steuern“** vom 04.05.2022 wird noch einige Jahre dauern
 - **Leistungsziele** und **Kennzahlen** sollten neu bewertet und angepasst werden (Auftrag der StVV an den Magistrat)
- **Haushaltsgenehmigung 2023 mit aufsichtlichen Hinweisen und Auflagen** (Teil I, Tz. 6.3.3)
 - Bericht des Magistrats zur Umsetzung ordnungsgemäß

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Entwicklung des Ergebnishaushalts

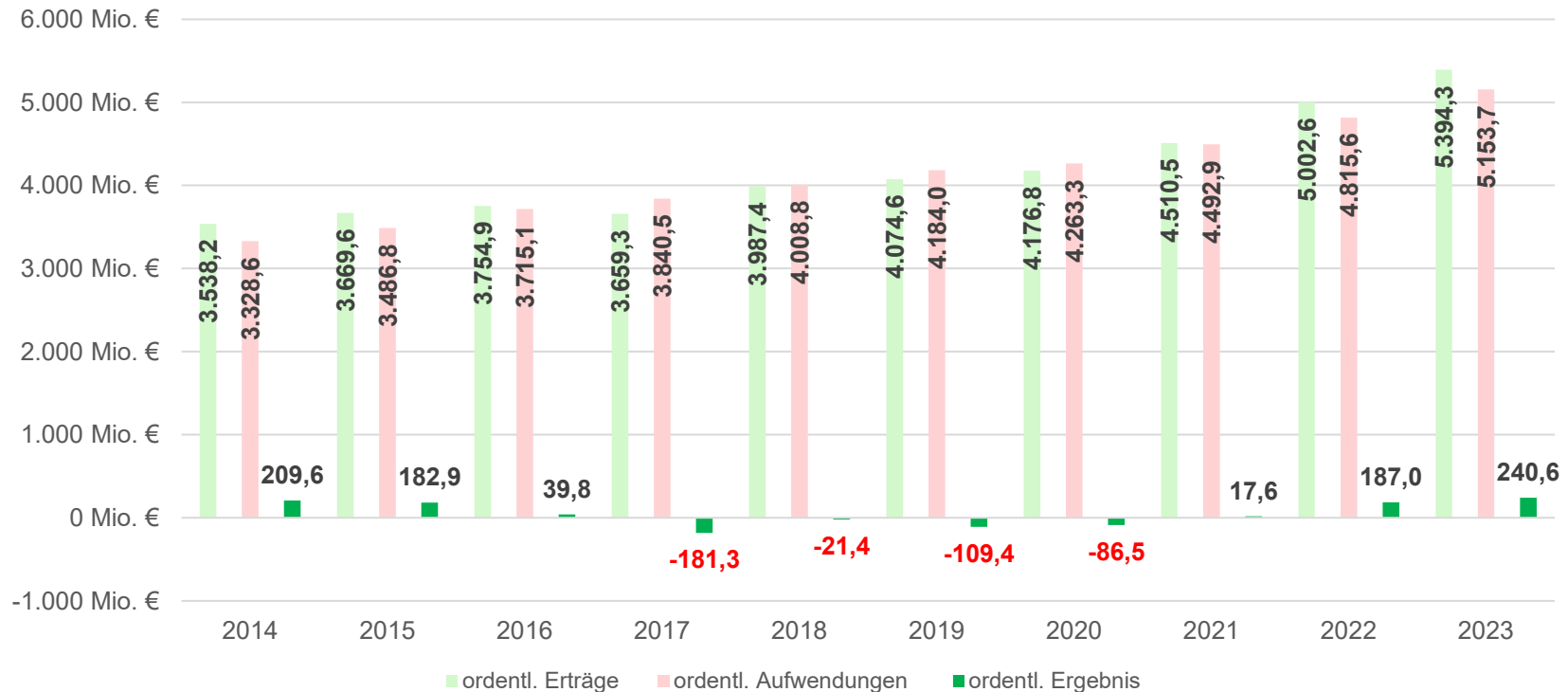


Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-13

- Phasen von positiven und negativen Ertragslagen
- außerordentliches Ergebnis 2022 sowie 2023: Resultat aus fehlerhaften Beteiligungsbewertungen (insbesondere Messe Frankfurt)

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

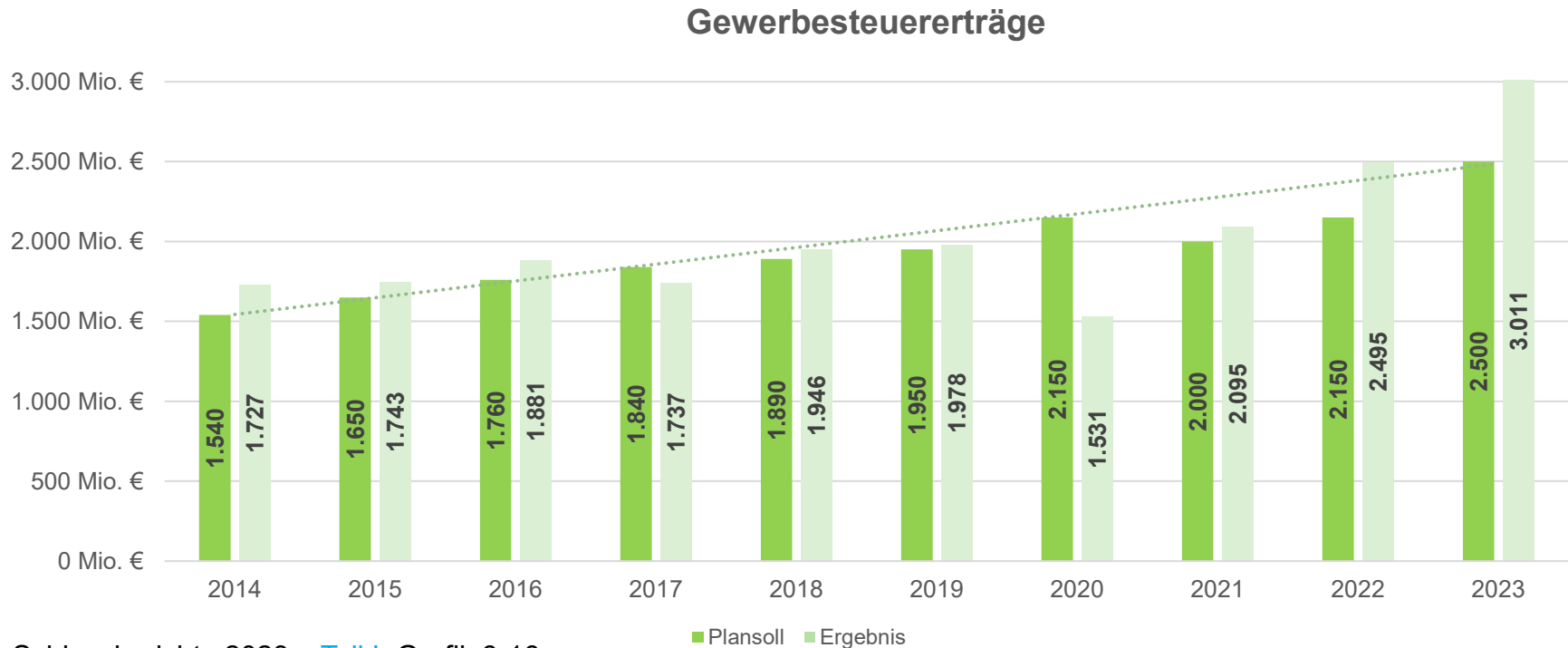
Ordentliche Erträge / Aufwendungen / Saldo



Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-14

- Anstieg der ordentlichen Erträge auf 5,4 Mrd. € (2014: 3,5 Mrd. €)
- Anstieg der ordentlichen Aufwendungen auf 5,2 Mrd. € (2014: 3,3 Mrd. €)
- schwankende ordentliche Ergebnisse zwischen **-181** Mio. € und **+240** Mio. €

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung



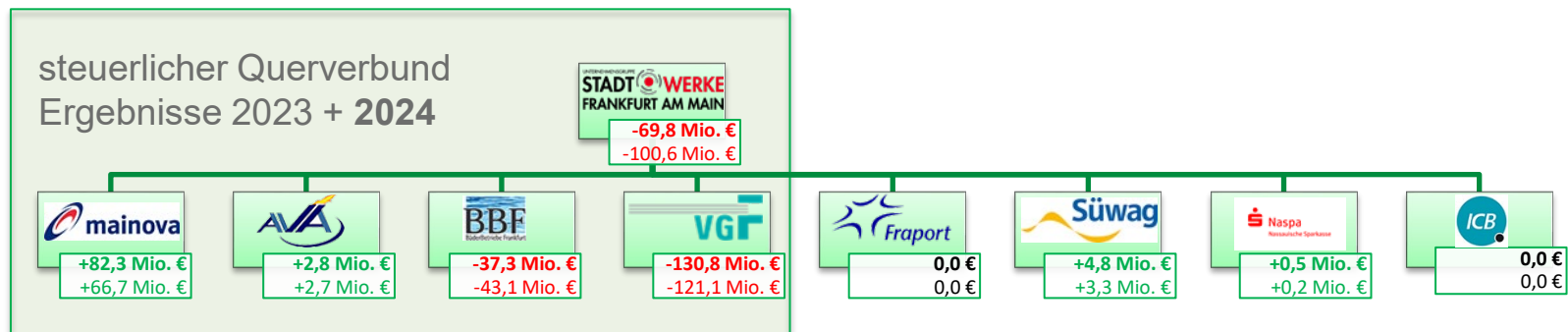
Schlussberichte 2023 – Teil I, Grafik 6-16

- Gewerbesteuerhebesatz seit 2007 unverändert bei 460 %
- von Konjunktur bzw. Unternehmensergebnissen abhängig
- steuerliche Rückzahlungsrisiken

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Entwicklung bei der SWFH (Teil I, Tz. 6.3.2.2)

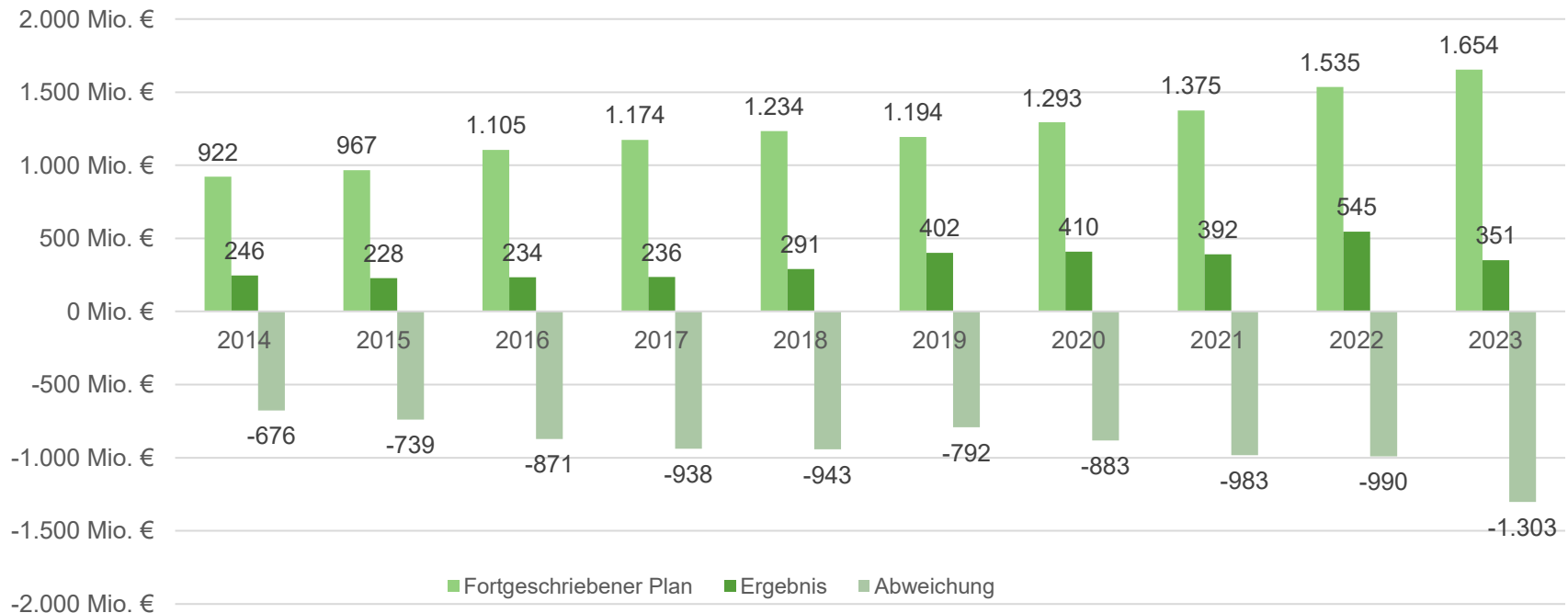
- Eigenkapitalverzehr „gestoppt“ ([E 72](#) / [E 143](#))
- Verlustausgleich aus städtischem Haushalt (PG 98.03 ZF) intransparent
- Verluste von BBF und VGF
 - steigen sukzessiv
 - im Haushalt nicht (vollständig) abgebildet
- Gewinne der Mainova ab 2024 gesteigert
- Gewinne der AVA stagnieren
- Wegfall der Fraport-Dividende seit 2020



Schlussberichte 2023 – Teil I, Grafik 6-11 (aktualisiert auf IST 2024)

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeiten

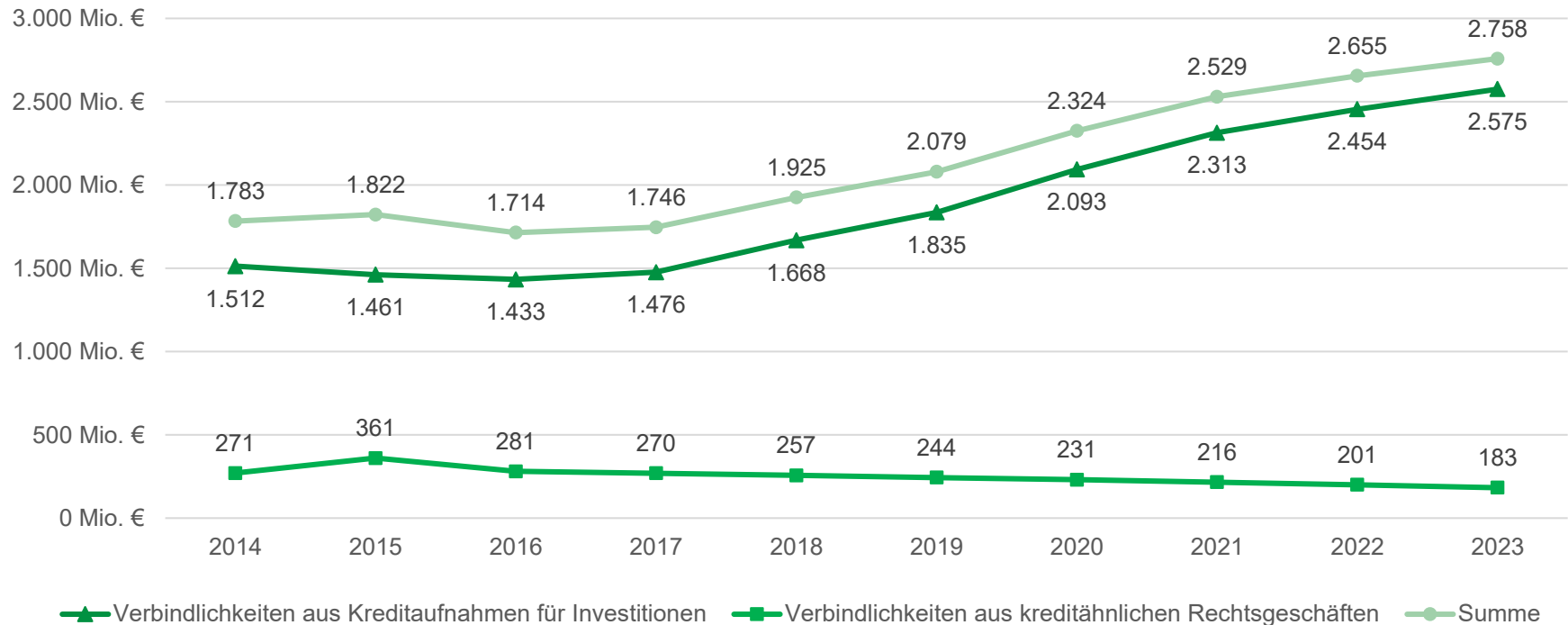


Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-24

- 2023 wurden nur rund 21 % der geplanten Investitionsmittel verausgabt
- Empfehlung: IPG-Planung stärker an den tatsächlichen Erfordernissen und dem leistbaren Maß ausrichten, z. B. durch Priorisierung und ggf. Bereinigung

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

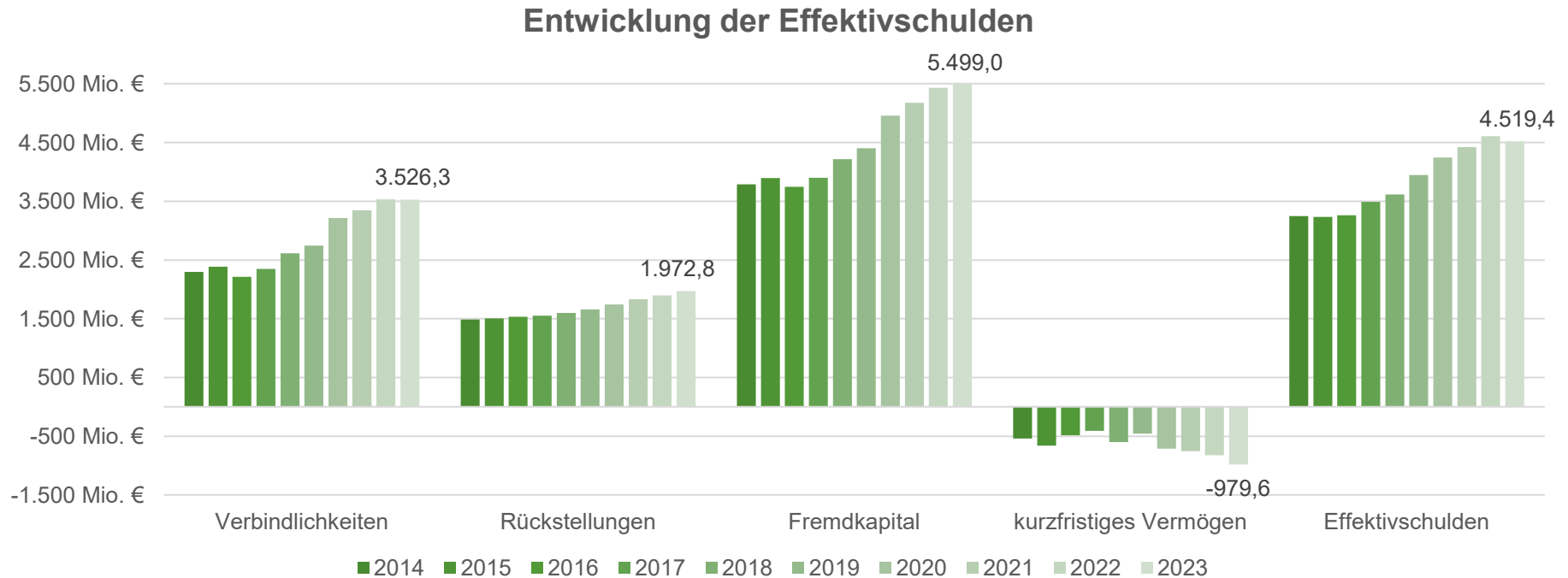
Schulden aus Investitionskrediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften



Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-25

- Zunahme in letzten zehn Jahren von 1,8 Mrd. € auf 2,8 Mrd. €
- Anstieg der Investitionskredite von 1,5 Mrd. € auf 2,6 Mrd. €
- Abschmelzen der Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften
- bis 2027 Schuldenanstieg durch Kreditaufnahme auf fast 5,2 Mrd. € geplant

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

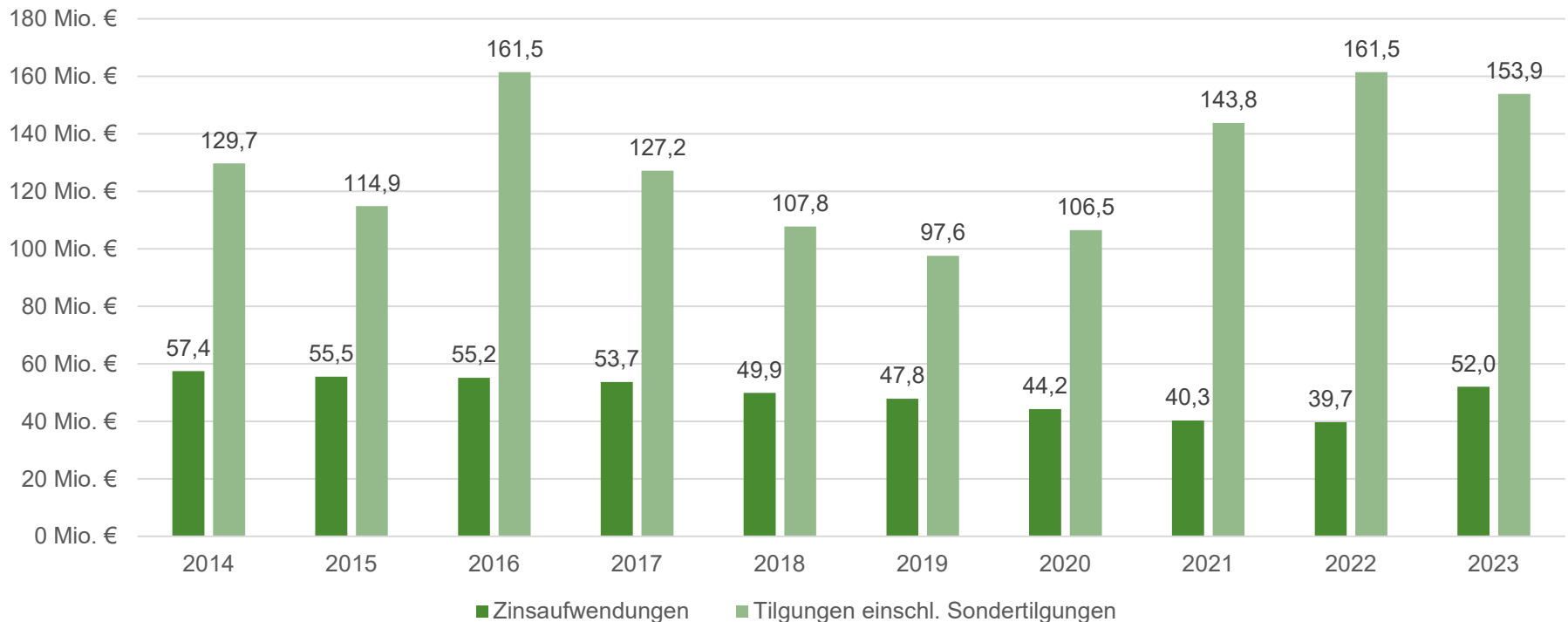


Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-27

- Summe aus Fremdkapital abzgl. kurzfristigem Vermögen
- Zunahme in letzten zehn Jahren von 3,2 Mrd. € auf 4,5 Mrd. €

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Tilgungsleistungen und Zinsaufwendungen



Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 6-29

- Anstieg der Zinsaufwendungen in 2023; nach jahrelangem Rückgang
- führt auch in künftigen Jahren zu höheren finanziellen Belastungen

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Weitere Feststellungen (!)

**Haushalts-
ausgleich** über
gezielte Steuerung
der Aufwendungen

**proaktives
Fördermittelmanagement**
durch Forcierung
jeglicher Fördermittel

fehlendes **Risiko-
managementsystem**

fehlendes
**Vertragsmanage-
mentsystem**

gesamstädtische
**Digitalisierungs-
strategie** wurde **2024**
beschlossen

Erkunden neuer
Ertragsquellen

IPG stärker an den
tatsächlichen Erfordernissen
und dem leistbaren Maß
ausrichten

höhere Belastung
des Schuldendienstes und
**Reduzierung finanziellen
Spielraumes**

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Prüfungsfeststellungen → Umbuchungsempfehlung (Teil I, Anlage 1)

fehlende außerplanmäßige Abschreibung des alten A-Gebäudes des Klinikum Höchst – 5,8 Mio. € nicht werthaltig

fehlende Wertberichtigung des an den Verein Friends of MOMEM e. V. gewährten Darlehens, Rückzahlung ist zweifelhaft – 500 T€ nicht werthaltig

kein ordnungsgemäßes Forderungsmanagement im ABI – passivierte Beträge fehlen in der Ergebnisrechnung als Haupterlöse – 2,5 Mio. € fehlende Erträge

Vollständigkeit des Anhangs kann mit Hinweis auf das weiterhin fehlende (zentrale/IT-gestützte) Vertragsmanagementsystem nicht bestätigt werden

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Prüfungsurteile (Teil I, Tz. 8)

- keine Sachverhalte, dass den **Grundsätzen der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit** nicht entsprochen wurde
- **haushaltswirtschaftliche Lage** auf der Grundlage der Verhältnisse des Abschlussjahres noch geeignet, die stetige Erfüllung der der Stadt obliegenden Aufgaben zu gewährleisten
- **uneingeschränkte Prüfungsurteile** zum Haushaltsplan und zur Haushaltswirtschaft
 - Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 wurde eingehalten
 - Haushaltswirtschaft hat im Haushaltsjahr 2023 insgesamt den geltenden gesetzlichen Vorschriften entsprochen

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

Prüfungsurteile (Teil I, Tz. 8)

- **eingeschränkte Prüfungsurteile** über den Jahresabschluss und den Lage- und Rechenschaftsbericht
 - Jahresabschluss entspricht mit Ausnahme der Auswirkungen der Prüfungsfeststellungen den kommunalrechtlichen Vorschriften der HGO / GemHVO und vermittelt [...] ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stadt [...]
 - Lage- und Rechenschaftsbericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild [...]
- mit **unseren Prüfungsurteilen** ist die **Erwartung verbunden**
 - notwendige Korrekturen und Ergänzungen im Haushaltsvollzug und
 - der Aufstellung künftiger Jahresabschlüsse vorzunehmen
- unter diesen Prämissen **keine Bedenken** nach § 114 HGO
 - über den **geprüften Jahresabschluss 2023 zu beschließen**
 - dem **Magistrat Entlastung für das Haushaltsjahr 2023** auszusprechen

(1) Jahresabschluss der Kernverwaltung

- nach unseren Prüfungsfeststellungen hätte sich ein um **3,9 Mio. € schlechteres Jahresergebnis** ergeben
 - Saldo aus **6,3 Mio. €** fehlenden Aufwendungen und **2,5 Mio. €** fehlenden Erträgen
- **Jahresabschluss 2023**
 - entspricht mit Ausnahme der vorgenannten Auswirkungen den hessischen kommunalrechtlichen Vorschriften der HGO und der GemHVO
 - stellt mit ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der **Vermögens-, Finanz- und Ertragslage** dar
- **Lage- und Rechenschaftsbericht 2023** vermittelt
 - ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der **Haushaltswirtschaft in 2023** und der Lage der Stadt unter dem Gesichtspunkt der **Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben**

(1) Jahresabschluss des Sondervermögens ZVK

Zusatzversorgungskasse (ZVK) (Teil II)

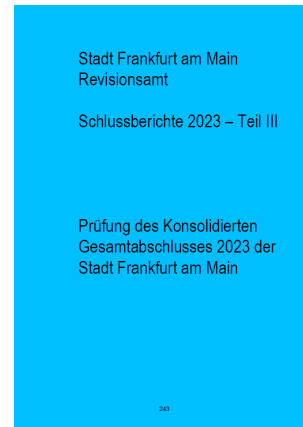
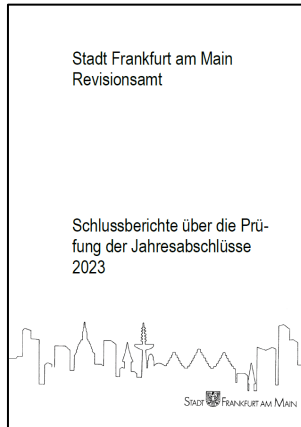
- ein Sondervermögen mit zwei Abrechnungsverbänden und zwei Teilhaushalten
- konsolidierter Abschluss mit separaten Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen pro Abrechnungsverband (HGB + RechVersV)
- Lagebericht

Jahresabschluss 2023 der ZVK

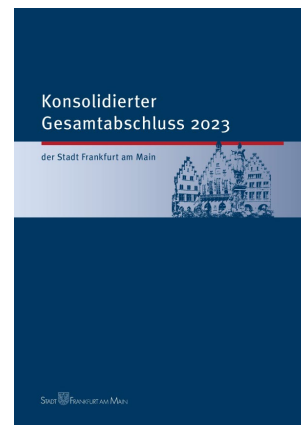
- keine wesentlichen Beanstandungen
- stellt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dar

Lagebericht 2023 der ZVK

- vermittelt eine zutreffende Lage
- Beschluss- und Entlastungsempfehlungen grundsätzlich wie für Kernverwaltung



(2) Prüfung des Konsolidierten Gesamtabchlusses 2023 (Teil III)



(2) Konsolidierter Gesamtabchluss



Schlussberichte 2023 – Teil III, Tz. 1

(2) Konsolidierter Gesamtabchluss

Prüfungsurteile (Teil III, Tz. 6)

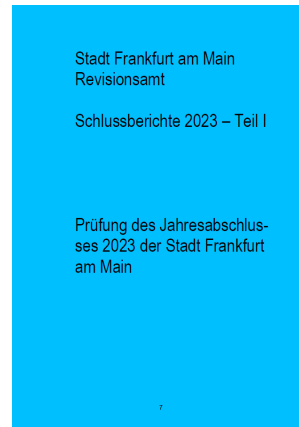
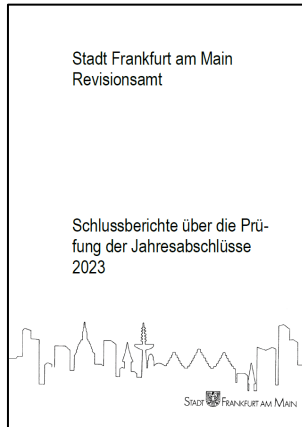
■ **Konsolidierter Gesamtabchluss**

- entspricht den **kommunalrechtlichen Vorschriften**
- vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes **Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage** des „Konzerns Stadt Frankfurt am Main“ zum 31.12.2023 bzw. für 2023

■ **Konsolidierungsbericht**

- vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns
- steht in Einklang mit dem Konsolidierten Gesamtabchluss
- entspricht den gesetzlichen Vorschriften
- stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar

■ **keine Bedenken zur Beschlussfassung** über den Konsolidierten Gesamtabchluss 2023 gemäß § 114 HGO



(3) Feststellungen zur Haushaltslage (Teil I, Tz. 6)



(3) Feststellungen zur Haushaltslage

	2023	2024	2025	2026
Produkthaushalt	vollzogen 	vollzogen 	Nachtrags HH geplant 	in Aufstellung
Jahresabschluss	aufgestellt geprüft 	aufgestellt in Prüfung 	-	-
Gesamtabschluss	aufgestellt geprüft 	in Aufstellung (in Prüfung)	-	-
Schlussberichte	Beratung in d. Ausschüssen 	in Erstellung	-	-



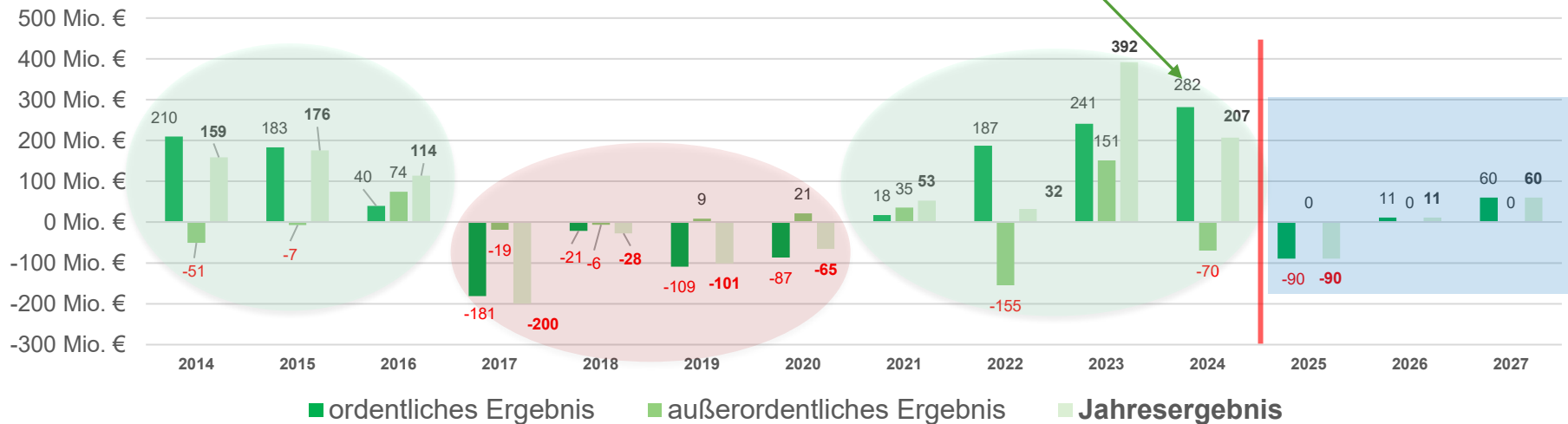
heute

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Entwicklung der **Ergebnishaushalte 2014 bis 2024 im Ist** sowie **2025 bis 2027 im Plan** (Teil I, Tz. 6.3.4.1, S. 62)

- ordentliches Ergebnis 2024 von +281,9 Mio. €
- ordentliche Rücklage zum 01.01.2025: 1,1 Mrd. € erleichtert den HH-Ausgleich
- *für 2025 bis 2027 Verluste von kumuliert 18,8 Mio. € geplant*

Entwicklung des Ergebnishaushalts



Schlussberichte 2023 – Teil I, Grafik 6-13; ab 2024 Jahresabschluss 2024 ([M 76](#) vom 25.04.2025 – noch nicht geprüft!), sowie beschlossene Planwerte 2025 ff. gemäß Doppelhaushalt 2024/2025

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Doppelhaushalt 2024 / 2025

- Planaufstellung im Gegenstromverfahren
- Zero-Base-Budgeting
- Rechtskraft seit 29.11.2024
- Nachtragshaushalt 2025 im Geschäftsgang des Magistrats – Beratung für Juni 2025 vorgesehen

Jahresabschluss 2024

- [M 76](#) vom 25.04.2025
- Haushaltsausgleich 2024 in der Rechnung
- GewSt-Zahlungen Plan weit übertroffen (+266,2 Mio. €)
- noch nicht geprüft!

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Haushalt 2026

- erneute Aufstellung im **Zero-Base-Budgeting-Verfahren** und im **Gegenstromverfahren**
- Festlegung der **Zielwerte** im Magistrat dauert an
- **Zeitplanung**
 - B 326 vom 26.08.2024 zum E 222 vom 06.06.2024
 - Entwurf Doppelhaushalt 2026/2027 im Oktober 2025
 - Verabschiedung StVV vorgesehen für Februar 2026
 - Rundschreiben vom Stadtkämmerer 08.04.2025: Statt Doppelhaushalt 2026/2027 wird Einzelhaushalt 2026 aufgestellt
 - Magistratsentwurf für Dezember 2025 vorgesehen
 - Verabschiedung StVV vorgesehen für 12.03.2026
 - § 97 Abs. 3 HGO: „Die Vorlage [an die Aufsicht] soll spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres erfolgen.“

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Ertrags- und Einnahmepotentiale

- abschließende Umsetzung der Maßnahmen im HSK 2023 ([M 93](#))
 - ausstehende Neuausschreibung der Werberechtskonzession
 - Mitwirkung bei Betriebsprüfungen
 - Erhöhung von Eintrittspreisen (Zoo)
- regelmäßige Überprüfung von Gebührensatzungen (z. B. zu Beginn der Wahlperiode oder indiziert)
- konsequentes
 - Fördermittelmanagement
 - Forderungsmanagement
- weitere Empfehlungen
 - Aktualisierung der Satzungen und Veröffentlichung im Internet
 - ggf. (Teil-)Zentralisierung des Fördermittelmanagements

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Finanzlage / Verschuldung (Teil I, Tz. 6.3.5.2)

- 31.12.2024: höchster Schuldenstand mit mehr als **2,8 Mrd. €**
- *Anstieg der Verschuldung auf 5,3 Mrd. € bis 2027 geplant*

Schulden aus Investitionskrediten und kreditähnlichen Rechtsgeschäften



Schlussberichte 2023 – Teil I, Grafik 6-25; ab 2024 Jahresabschluss 2024 ([M 76](#) vom 25.04.2025 – noch nicht geprüft!), sowie *Haushalt 2024/2025*

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Planungsmittel vs. voraussichtliche Gesamtkosten (Teil I, Tz. 6.3.5.2 c))

- 74 Maßnahmen im Investitionsprogramm 2024 / 2025

Produktgruppe		Anzahl Maß- nahmen	Planungs- mittel in Mio. €	voraussichtliche Gesamtkosten in Mio. €	Verhältnis in %
21.12	Städtische Bühnen	1	13,9	1.300,0	1,1
20.01	Schulbetriebsmanagement, pädagogische Aufgaben	19	58,4	952,6	6,1
16.11	Förderung ÖPNV	13	37,6	340,4	11,0
21.01	Kulturelle Dienstleistungen und Projekte	6	18,7	177,8	10,5
...	...	...	...	...	...
Summe		74	233,1	3.310,6	7,0

- weitere Maßnahmen im IPG - nur mit Planungsmitteln: Zentraldepot für Museen, Zentraler Betriebshof Ost des Grünflächenamts etc.
- weitere (teilweise neue) Projekte, ohne Listung im IPG:
Erbbaugrundstück Städtische Bühnen 210 Mio. €, Regionaltangente Ost
- möglicher Finanzbedarf von 3,1 Mrd. € wird an keiner Stelle ausgewiesen

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Ausgewählte Baumaßnahmen der PG 20.01

Baumaßnahmen	Projektdefinition	Planungsmittel in Mio. €	Voraussichtliche Gesamtkosten in Mio. €	Verhältnis in %
Berthold-Otto-Schule	5.010743	18,5	216,0	8,6
Gymnasium Süd	5.010723	6,1	96,0	6,4
Heinrich-von-Gagern-Gymnasium	5.007215	4,7	64,7	7,2
4-zügige Grundschule in der Bildungsregion Mitte	5.010772	3,0	40,0	7,5
Helmholtzschule	5.007216	2,3	34,0	6,9
Sophienschule (ehem.)	5.007948	1,6	21,0	7,4
Franz-Böhm-Schule	5.007346	0,7	10,3	7,0
12 weitere Projekte	...	21,5	470,6	4,6
		58,4	952,6	6,1

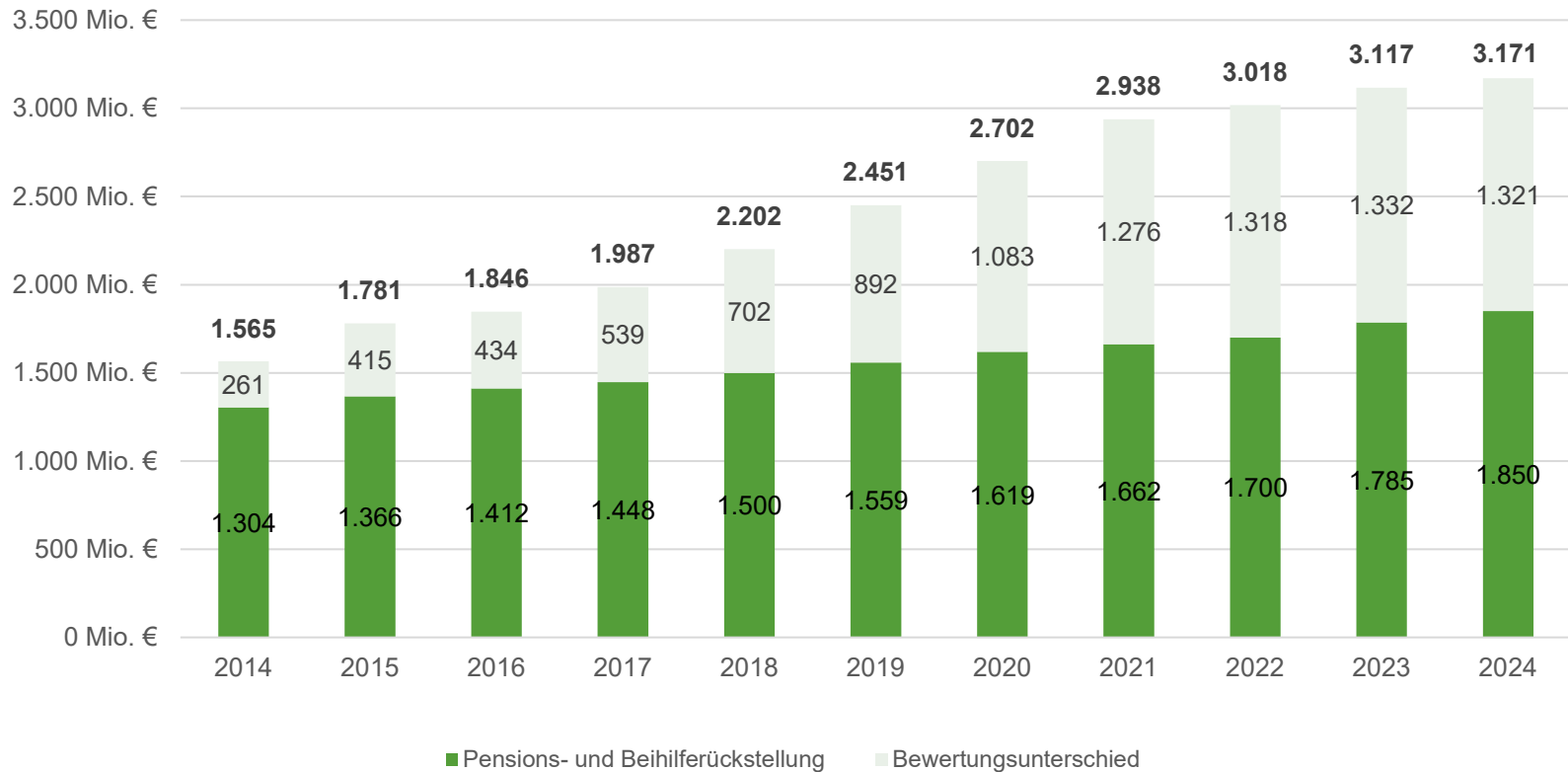
(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Pensionsrückstellungen (Teil I, Tz. 6.3.5.5)

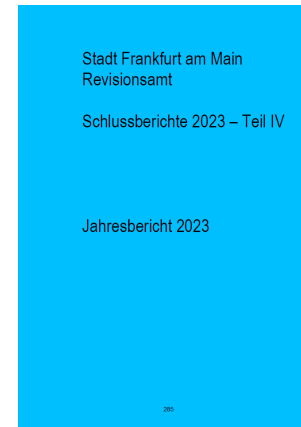
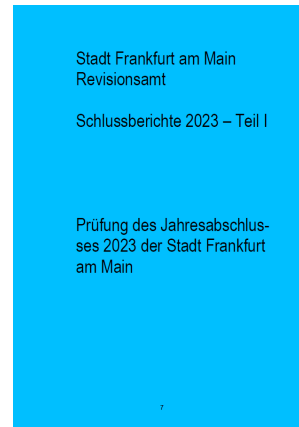
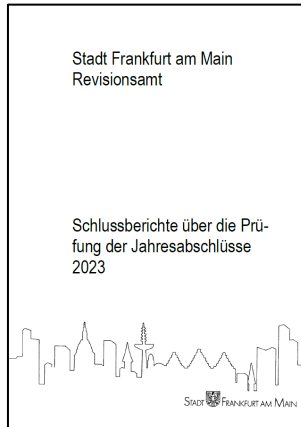
- Bewertungsunterschied der Pensions- und Beihilfeverpflichtungen zum 31.12.2024: **1,32 Mrd. €**
- Pensionseintritt der „**Babyboomer-Jahrgänge**“ kann zu **zweimaligem Liquiditätsabfluss** führen
 - laufende Besoldung und laufende Pension
- Pensions- und Beihilferückstellung müsste **3,17 Mrd. €** betragen
 - Ursache **Abzinsungszinssatz**
 - 6,0 % bzw. 5,5 % gem. GemHVO, statt des zum Stichtag vorherrschenden handelsrechtlichen Diskontierungszinses
- Finanzierung der Rückstellung für Neuverbeamten und Versorgungsrücklage
 - tlw. durch Finanzanlagen; Deckungsquote zum 31.12.2024: 15,7 %
 - darüber hinausgehende Pensionslasten auf künftige Generationen verlagert

(3) Feststellungen zur Haushaltslage

Pensions- und Beihilferückstellung und Bewertungsunterschied



Schlussberichte 2023 – [Teil I](#), Grafik 7-10 (aktualisiert auf JA 2024)



(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung und der Überörtlichen Prüfung (Teil I, Tz. 7.1; Teil IV)



(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Vordringliche „Reformthemen“ aus Sicht der Revision

Themenkomplexe	Entwicklung	Tz. / Folie
Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie (§ 2625)	 beschlossen, in Umsetzung	Teil I , Tz. 6.3.9 / →40
Neuausrichtung städtisches Rechnungswesen	 Projekt weitgehend abgeschlossen	Teil I , Tz. 7.1.2.1 / →41
Vertragsmanagement (E 118)	 Stillstand? B 349 vom 13.09.2024 B 30 vom 03.02.2025	Teil I , Tz. 7.1.2.2 / →42
Zuwendungswesen (§ 7006 ; E 221)	 Stillstand? B 474 vom 18.12.2023 B 349 vom 13.09.2024	Teil I , Tz. 7.1.2.3 / →43
eAkte	 schleppender Roll-out	Teil IV , Tz. 4.2.1 / →44
Beschlussvorlagenmanagement (PARLIS, VoBis)	 schwierige Abstimmung zwischen den Beteiligten	Teil IV , Tz. 4.2.2 / →45
Hochbau- und Liegenschaftsmanagement (HLM)	 HLM-Projekt wird nur zögerlich umgesetzt	Teil IV , Tz. 4.3 / →46-47

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie (Teil I, Tz. 6.3.9, S. 85)

- [§ 2625](#) vom 15.12.2022 „Digitale Daseinsvorsorge Nachhaltig Neu Denken - Meta-Antrag: Frankfurts Digitalisierungsstrategie 2.0 entwickeln“
- führte – nach Verzögerungen – zu zwei Beschlussvorlagen:
 - [M 87](#) vom 21.06.2024 „**Rahmenstrategie Digitalisierung** der Stadt Frankfurt am Main“ → [§ 5164](#) vom 19.09.2024
 - [M 86](#) vom 21.06.2024 „**Digitale Transformation** in der Verwaltung der Stadt Frankfurt am Main“ → [§ 5181](#) vom 19.09.2024
- sowie einem MB Nr. 657 vom 21.06.2024: *“Reformkommission hier: Änderung von Zusammensetzung und Zuständigkeit für die Koordination der Reformkommission und Fortschreibung der Geschäftsordnung“*
- formeller Rahmen ist angepasst
- weitere Aktivitäten
 - Aktualisierung bestehender Teilstrategien
 - praktische Umsetzung durch „Transformation Office“ u. a.

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Neuausrichtung des städtischen Rechnungswesens (Teil I, Tz. 7.1.2.1)

- Projekt „Zukunftsfähigkeit des städtischen Rechnungswesens sicherstellen“ seit November 2021 ämter- und dezernatsübergreifend
- vier Teilprojekte:

TP	Thema	Stand
1	Forderungsmanagement	abgeschlossen
2	Aufbau Shared-Service Center (SSC) und Abnehmer	Umsetzungsphase; Abschluss für 2026 / 2027 geplant
3	Dezernatscontrolling	abgeschlossen
4	Dienststellen mit eigener Rechnungsführung	abgeschlossen

- Abschlussbericht für 2025 angekündigt

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Vertragsmanagement ([Teil I](#), Tz. 7.1.2.2)

- Qualität vom Vertragsmanagement wirkt sich auf Rechnungslegung aus!
- Vielzahl von Verträgen bergen hohe Risiken:
 - Versäumen von Kündigungsmöglichkeiten und -fristen
 - Nichtvornahme von Mietpreisanpassungen
- derzeit unterschiedliche dezentrale „Lösungen“ im Einsatz
 - [Schlussberichte 2021](#) → Querschnittsprüfung zum Vertragsmanagement
 - [Schlussberichte 2019](#) → Empfehlung einer zentralen DV-Lösung
- [E 118](#) vom 04.05.2022: Auftrag an Magistrat für eine Datenbank
- [E 221](#) vom 06.06.2024 (siehe [B 349](#) vom 13.09.2024)

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Zuwendungswesen ([Teil I](#), Tz. 7.1.2.3, S. 95)

- Thema seit den [Schlussberichten 2016](#)
- **Beschlüsse**
 - [§ 5567](#) vom 07.05.2020 (Überarbeitung FörderRiLi & Einrichtung Fördercontrolling)
 - [§ 7006](#) vom 28.01.2021 (Einführung datenbankbasierte, integrierte Anwendung)
- seither **sieben Berichte** zur [NR 1356](#); letzter vom 18.12.2023 ([B 474](#))

Zuwendungsdatenbank

- stadtweite digitale Lösung (zentralisiert in Stadtkämmerei) → **bisher kein offizieller magistratsinterner Projektauftrag**
- [E 221](#) vom 06.06.2024 „Digitales Vertrags- und Fördermittelmanagement“
→ [B 349](#) vom 13.09.2024

Ordnungsgrundlagen

- Ende 2024 Entwurf einer internen Allgemeinen Zuwendungs-Richtlinie; Abschluss soll erst mit Einführung der Datenbank erfolgen

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

eAkte (Teil IV, Tz. 4.2.1)

- Grundvoraussetzung zur Digitalisierung der Verwaltung
- in 2024 in Teilen von 17 Ämtern im Einsatz
- Schwerpunkte in 2024 und 2025 (bisher)

Versionsumstellung	Aussonderung	Ämterübergreifende E-Vorgangsbearbeitung
Testphase in 2024	Erhebung Soll- und Ist-Prozesse zur Langzeitarchivierung	Prozesse „Allgemeine Bewertungsentscheidungen“ und „Rückzahlungen“
Neue Version seit Ende April 2025 im Einsatz	Abstimmung mit Hersteller – drei Entwicklungspakete; Realisierung der ersten beiden Pakete in 2025 geplant	Entwicklung der technischen Voraussetzungen anhand der o. g. Prozesse

- unsere Empfehlungen:
 - die ausgewählten Prozesse verpflichtend stadtweit umsetzen
→ darauf aufbauend weiterer (flächendeckender) Rollout möglich
 - stadtweit vorkommende Prozesse vereinheitlichen und über eAkte abwickeln
 - Generalaktenplan überarbeiten

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Beschlussvorlagenmanagement (Teil IV, Tz. 4.2.2)

- Ist-Zustand:
 - **kein einheitliches integriertes Vorlagenmanagement-System**
 - **Systeme** sind **veraltet**
 - wenig **IT-Schnittstellen**
 - redundanten Ablagen und Prozesse (tlw. Workflow von Papier und Dateien)
 - viele **Medienbrüche**
 - operationelle Risiken (fehlerhafte Beschlüsse, Unwirksamkeit)
- einheitliches Vorlagenmanagement-System erforderlich
 - **Vorteile:** kürzere Durchlaufzeiten, mehr Transparenz, Kostensenkungen, höhere Rechtssicherheit, unterstützt mobiles Arbeiten
 - sollte Teil der **gesamtstädtischen Digitalisierungsstrategie** sein

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Hochbau- und Liegenschaftsmanagement (HLM) (Teil IV, Tz. 4.3)

- Gründung ABI per 01.11.2017
- kürzlich Thema im Sonderausschuss Controlling und Revision
- schleppende Einführung der CAFM-Software

Thema	Einschätzung Revisionsamt
Grundstücksverkehrsgeschäfte (An- und Verkäufe; Erbbaurechte, etc.)	Städtische Musterverträge, Vorgehensweise
Immobilienmanagement 1: Vermietung stadteigener Immobilien an Dritte	Sanierungsstau, Leerstand, Vertragsanpassungen, Forderungsmanagement!
Immobilienmanagement 2: Anmietungsmanagement	Fehlende Regelungen, kein beschriebener Prozess, unzureichende Bedarfsermittlung, Leerstand, neue Arbeitsformen werden nicht berücksichtigt
Immobilienmanagement 3: Nutzung stadteigener Immobilien durch die Ämter (Dienstleister-/Betreiber-Modell durch ABI)	Betreiberverantwortung hat Stadt; Gesamtverantwortung bei ABI; unklare innerstädtische Regelungen
wirtschaftliches Bauen	Verweisen auf Schlussberichte 2021 und 2022

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Empfehlungen zum HLM

- unrealistischen Erwartungen vorbeugen
- Prozesse Anmietungen strukturieren und Regelungen ergänzen
- Betrieb der Verwaltungs- und Schulgebäude neu organisieren
- ausreichend Bauunterhaltungsmittel bereitstellen, um Instandhaltungsstau zu beseitigen
- Gesellschaften, die mit Bauen und Verwalten von Liegenschaften befasst sind, weitestgehend zusammenführen
- neue Gesellschaften sind nicht immer die Lösung des Problems

(4) Feststellungen zur Organisation der Kernverwaltung

Zusammenfassende Feststellung und Lösungsvorschläge



Kernprobleme:

- **dezentrale Strukturen** und **nicht wahrgenommene Ressourcenverantwortung**
- **tlw. Silo-Denken**, statt in **Prozessen** und **organisationsübergreifend**
- **Geschwindigkeit der Digitalisierung** deutlich zu langsam



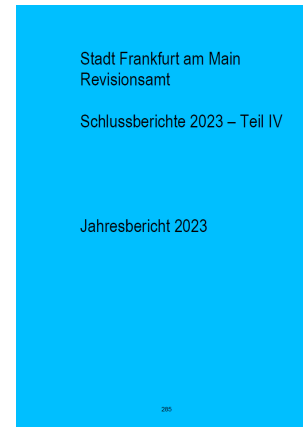
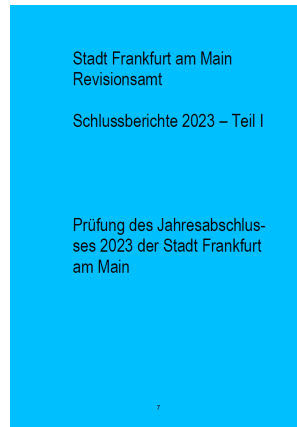
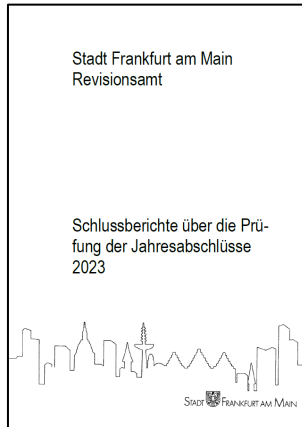
Denken in Prozessen und umsetzen in Projekten!

- klares Bekenntnis zu einer **zentralen Steuerung**
- **zentrale Steuerung von Projekten**
- Fokussierung und Priorisierung von **Projekten**
- Aufnahme von und Denken in **Prozessen** sowie deren Dokumentation
- Wissen sichern – demografischem Wandel begegnen
- klares Bekenntnis zur **Zentralisierung und Standardisierung**

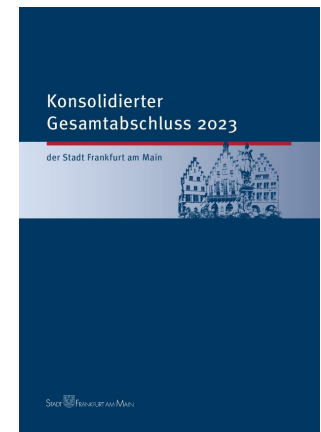
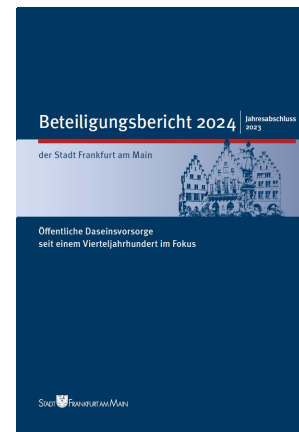
Feststellungen der Überörtlichen Prüfung

Vergleichende Prüfung	Prüfungsgegenstand	Bericht des Magistrats	Bericht des Rechnungshofes
168.	Gesundheitswesen - Kliniken	B 94 vom 21.03.2014	24. Zusammenfassender Bericht
172.	Abfallentsorgung in Großstädten	B 403 vom 20.10.2014	26. Kommunalbericht 2014
184.	Haushaltsstruktur 2015: Großstädte	B 259 vom 07.10.2016	29. Zusammenfassender Bericht 2017 Großstädtebericht
196.	Kommunaler Wohnungsbau	B 113 vom 08.04.2019	31. Kommunalbericht 2018
212.	Kommunale Versorgungskassen	M 38 vom 21.02.2020	33. Zusammenfassender Bericht 2019
215.	Nachschau Betätigung Sparkassen	-	32. Kommunalbericht 2019
222.	Haushaltsstruktur 2020: Großstädte	B 293 vom 16.08.2021 B 156 vom 19.04.2022	35. Zusammenfassender Bericht 2021 Großstädtebericht
239.	Vorbericht Haushaltsplan	-	38. Zusammenfassender Bericht 2023 Kommunalbericht
240.	Gesundheitswesen - Kliniken II	B 374 vom 07.10.2024	39. Zusammenfassender Bericht 2024 Klinikbericht

Schlussberichte 2023 – [Teil IV](#), Grafik 4-2



(5) Stand der Entlastungsverfahren sowie Bemerkungen zu Aufgabenträgern (Teil I, Tz. 5; Teil IV)



(5) Stand der Entlastungsverfahren

Entlastungsverfahren der Kernverwaltung ([Teil I](#), Tz. 5)

	Frist 2022	Vollzug 2022	Frist 2023	Vollzug 2023
Aufstellung Jahresabschluss durch Magistrat	30.04.2023	28.04.2023 M 61	30.04.2024	26.04.2024 M 52
Aufstellung Konsolidierter Gesamtabchluss durch Magistrat	30.09.2023	22.09.2023 M 158	30.09.2024	13.09.2024 M 122
Entwurf Schlussberichte (Besprechungsexemplar)	-	29.02.2024	-	28.02.2025
Fertigstellung Schlussberichte	-	16.04.2024	-	11.04.2025
Kenntnisnahme Schlussberichte durch Magistrat	-	13.05.2024 M 64	-	25.04.2025 M 78
Beratung in den Ausschüssen	-	27.05.2024: CoRev 11.06.2024: HuF	-	19.05.2025: CoRev 03.06.2025: HuF
Kenntnisnahme Schlussberichte und Beschluss durch StVV	31.12.2024	13.06.2024 § 4889	31.12.2025	05.06.2025 ?

(5) Städtische und stadtnahe Aufgabenträger

Beteiligungsmanagement (Teil IV, Tz. 5)

- **gesamtstädtische Beteiligungsstrategie** sowie **systematisches, strategisches Beteiligungscontrolling** fehlen
- Empfehlung, **strategische Ziele** für die Beteiligungen zu definieren
- **regelmäßige Überprüfung** der Voraussetzungen der wirtschaftlichen Betätigung (§ 121 Abs. 7 HGO)
 - für **Wahlperiode 2021 bis 2026 grundsätzlich noch ausstehend**
 - aber mit HGO-Novelle 2025 ex post entfallen
- **Messe Frankfurt GmbH**
 - weder PCGK noch andere Richtlinien eingeführt
 - spezifischer Kodex auf Basis Landeskodex und PCGK angestrebt
 - Verhandlungen mit dem Mitgesellschafter Land Hessen laufen noch

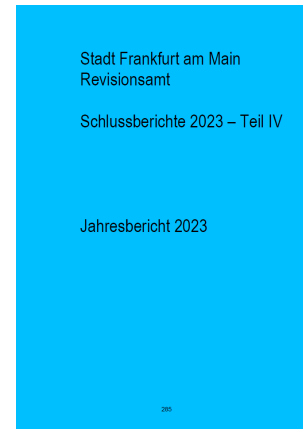
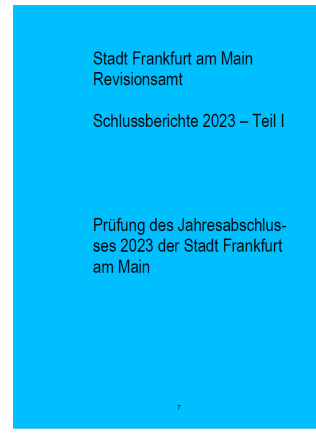
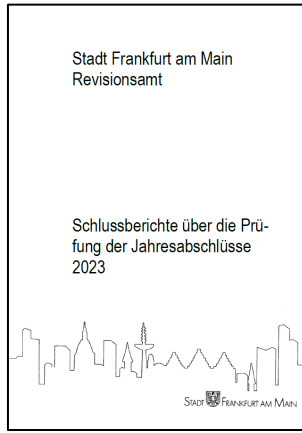
(5) Städtische und stadtnahe Aufgabenträger

Entlastungsverfahren der Eigenbetriebe (Teil IV, Tz. 6)

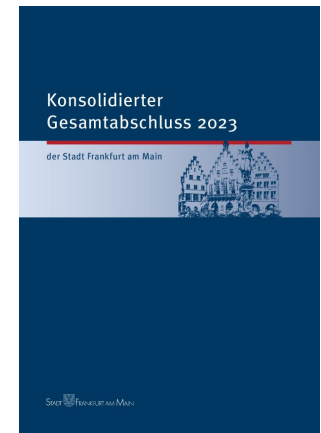
- bei 5 von 6 Eigenbetrieben wurden die Jahresabschlüsse 2023 bis Ende 2024 fristgemäß aufgestellt
- weiterhin problematisch: **Städtische Kliniken**
 - Rückstand betrifft weiterhin Jahresabschlüsse 2022 ff.
- Prozess, der eine **termingerechte Beschlussfassung** sicherstellt, sollte verbessert werden

Öffentlich milde Stiftungen – „Allgemeine Stiftungsordnung“ (Teil IV, Tz. 8)

- Novellierung der **Allgemeinen Stiftungsordnung** seit **1999** empfohlen
- überarbeitete **Ortssatzung** liegt noch nicht vor, ist aber gem. Dezernat VIII in Planung



(6) Ausblick

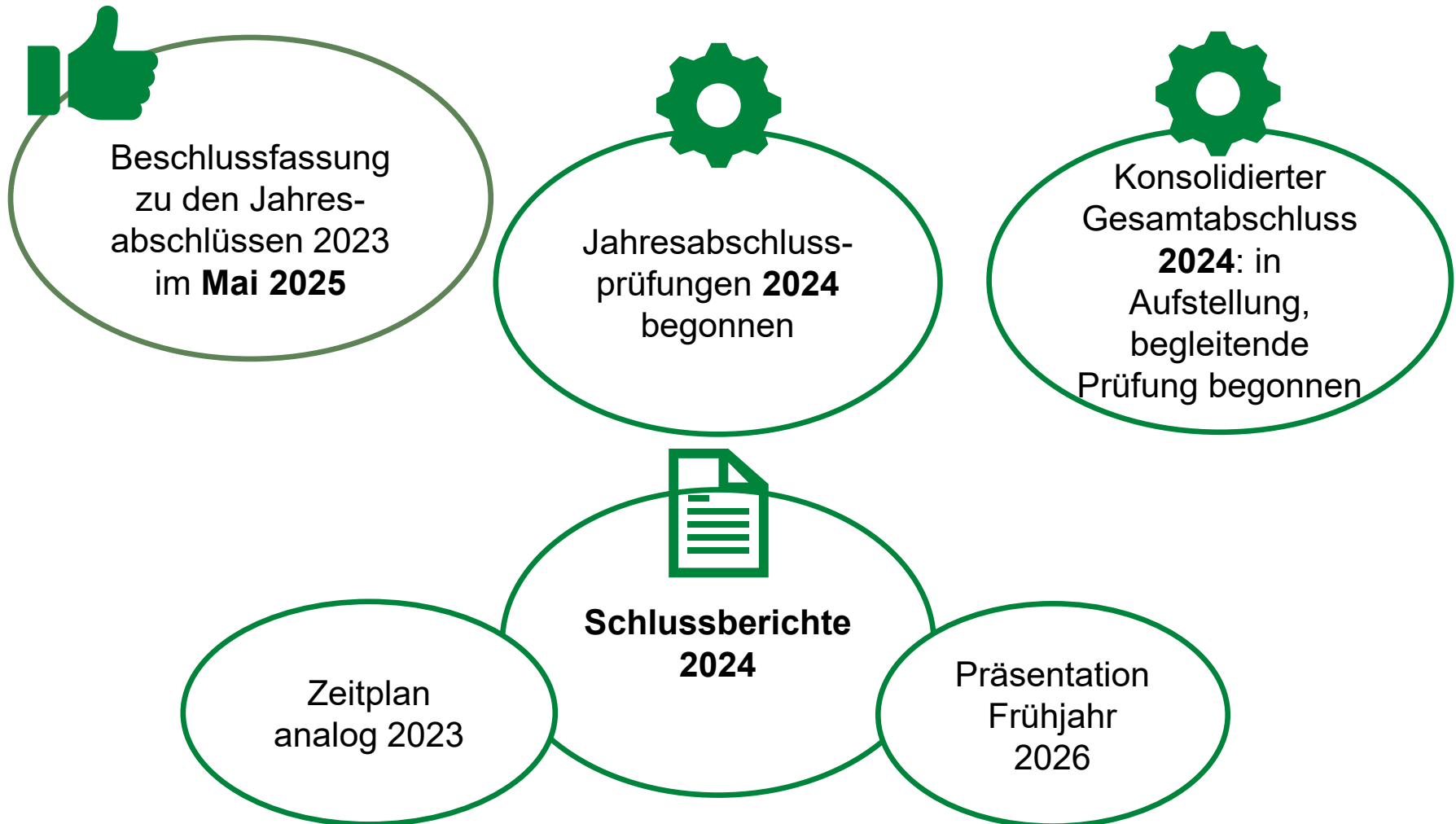


(6) Ausblick

Kommunalrechtsnovelle zum 01.04.2025 in Kraft getreten

- Änderungen im Gemeindewirtschaftsrecht
 - Verpflichtung zur Erstellung eines HSKs nur noch bei einem nicht ausgeglichenen Haushalt im Rahmen der einjährigen Haushaltsplanung bzw. zweijährigen Planungsphase bei Doppelhaushalten (§§ 92 ff. HGO)
 - Pflicht zur Veröffentlichung des Haushaltsplans im Internet bis mindestens zum Ende seiner Gültigkeit (§ 97 Abs. 4 HGO)
 - ↳ Gilt auch für den Jahresabschluss gemäß § 114 HGO
 - Aufstellung des Jahresabschlusses innerhalb von fünf Monaten (§ 112 Abs. 5 HGO)
 - keine verpflichtende Aufstellung des Gesamtabchlusses ab 2024 ff. mehr (Wegfall § 112a HGO)
 - Anpassungen der wirtschaftlichen Betätigung; Flexibilisierung der Markterkundung (§ 121 HGO)
- Eigenbetriebsgesetz und KAG wurden ebenfalls aktualisiert

(6) Ausblick



Schlussberichte 2023

Für die Beantwortung Ihrer Fragen stehe
ich Ihnen gerne zur Verfügung!

Zudem freuen wir uns über Lob / Kritik bzw. Ihre Anregungen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

Der Magistrat
Revisionsamt
Gutleutstraße 26
60329 Frankfurt am Main
info.amt14@stadt-frankfurt.de
[Revisionsamt | Stadt Frankfurt am Main](#)

Besuchen Sie uns auf [Frankfurt.de](https://www.frankfurt.de):

